

TTIP-Resolution im Handelsausschuss des Europaparlament: SPD stimmt für Investorenschutz in TTIP

Am 28. Mai hat der Handelsausschuss im Europäischen Parlament über die Resolution zu TTIP abgestimmt. Besonders brisant war dabei die Abstimmung über den Investorenschutz ISDS.

Das Ergebnis: **Der Handelsausschuss betont das Bedürfnis von Investoren nach Schutz und lobt die Vorschläge für eine Reform von ISDS von Handelskommissarin Malmström.** Wird die Resolution so auch im Plenum des Parlaments verabschiedet, wird die EU-Kommission das als Bestätigung ihrer bisherigen Linie betrachten und weiter mit den USA über ISDS verhandeln.



*Abstimmung im Handelsausschuss
Europäisches Parlament*

Vor der Abstimmung hatten sich [im Rahmen unserer Aktion "Zähne zeigen!"](#) Abgeordnete gegen ISDS ausgesprochen, darunter viele aus der SPD. Auch der Vorsitzende des Handelsausschusses und Rapporteur für die Resolution, Bernd (SPD), hat in der Vergangenheit immer wieder betont, dass er ISDS ablehnt.

Doch statt mit Grünen und Linken gegen ISDS zu stimmen, haben die Sozialde im Handelsausschuss gemeinsam mit Konservativen und Liberalen für ein reform ISDS gestimmt. **Besonders dreist: [In den Sozialen Medien behaupten L: seine Partei, ISDS im Handelsausschuss zu Fall gebracht zu haben.](#)** Wer d Ausschuss verabschiedeten Text anschaut weiß: Das stimmt einfach nicht.

So haben die Abgeordneten aus Deutschland und Österreich zu ISDS gestimmt

Dafür:

- Daniel Caspary (CDU)
- Bernd Lange (SPD)
- Godelieve Quisthoudt-Rowohl (CDU)
- Joachim Schuster (SPD)
- Joachim Starbatty (AfD)
- Jörg Leichtfried (SPÖ)

Dagegen:

- Ska Keller (Grüne)
- Helmut Scholz (Linke)

• Franz Obermayr (FPO)

Insgesamt haben 29 Abgeordnete dafür und 10 dagegen gestimmt. Zwei haben sich enthalten.

Die TTIP-Resolution droht zum Papiertiger zu werden

Auch wenn ISDS zu Recht viel Aufmerksamkeit erhält: Die Resolution enthält v.a. das Thema Investorenschutz. Auch bei den meisten anderen Fragen hat sich je nach wachswenige Linie einer großen Koalition aus konservativen, sozialdemokratischen liberalen Abgeordneten durchgesetzt. So entschied sich der Handelsausschuss zum Beispiel anderem dagegen, das Thema Landwirtschaft aus den Verhandlungen komplett herauszunehmen. Selbst bei der sogenannten "Regulatorischen Kooperation", die den Einfluss von LobbyistInnen und BürokratInnen auf die Gesetzgebung stärken und abschwächen sollte, konnte sich der Handelsausschuss nicht zu einer Ablehnung durchringen.

Das Abstimmungsergebnis im Handelsausschuss war also eine große Enttäuschung, aber noch ist nichts verloren: **Das letzte Wort zur Resolution hat nun das Plenum des Europäischen Parlaments in Straßburg am 10. Juni.** In den nächsten Tagen werden wir daher, den Druck auf die Abgeordneten noch einmal zu erhöhen.

Bringen wir unseren Protest auf die Straße!



Demonstrieren Sie mit uns am 4. Juni in München. Anlässlich des G7 Gipfels in Schloß Elmau wollen wir zeigen: Wir Bürgerinnen und Bürger wollen keine Polit-Konzerne! Wir sind gegen TTIP, CETA und TiSA und für eine gerechte Handelspolitik.

Zeit: 4. Juni 2015 (Fronleichnam) um 14:00 Uhr
Ort: Stachus (Karlsplatz) in München

Alle Infos zur Demo finden Sie hier: <http://g7-demo.de/>

Weitergehende Informationen:

ISDS steht für Investor-State Dispute Settlement, also etwa: Streitbeilegung zwischen InvestorInnen und Staaten. Dabei handelt es sich um ein System, das internationalen Konzernen ermöglicht, Staaten vor privaten Schiedsgerichten zu verklagen. Wie Beispiele zeigen, verliert bei diesem System die Demokratie. Denn ISDS bedeutet mehr Macht für Konzerne und weniger Chancen, unsere Interessen als VerbraucherInnen, ArbeitnehmerInnen und am Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen durchzusetzen.

Wozu dieses System führt, zeigen aktuelle Fälle von Investorklagen auf Grundlage bereits existierender Handelsverträge:

- Das schwedische Staatsunternehmen Vattenfall klagt wegen des mit großer Mehrheit im Bundestag beschlossenen Atomausstiegs in Deutschland auf Milliarden Euro Schadensersatz. Schon zuvor verhinderte Vattenfall strenge Auflagen gegen das Kohlekraftwerk Moorburg bei Hamburg mit einer Klage vor einem Schiedsgericht.
- Der Bankier Julius Meinl will 200 Millionen Euro von Österreich, weil strafrechtliche Ermittlungen das Image und damit den Wert seiner Bank beschädigt haben sollen.
- Die Brüder Micula nutzen einen Vertrag zwischen Schweden und Rumänien gegen den Wegfall von Subventionen zu klagen, die Rumänien gestrichelt weil sie gegen EU-Recht verstoßen.
- Der österreichische Holzproduzent Gerald Schweighofer droht der rumänischen Regierung, um einen kartellrechtlichen Paragraphen im neuen Waldgesetz zu verhindern.

Was genau hat der Handelsausschuss zu ISDS beschlossen?

Wer möchte, kann hier einen Blick auf den Originaltext werfen, der heute im Handelsausschuss beschlossen wurde und nun die Basis für die Abstimmung im Plenum bildet. Den Text gibt es bisher nur in englischer Sprache. Darin werden Vorschläge, die Handelskommissarin Malmström gemacht hat, gelobt und Investorenschutz grundsätzlich als sinnvoll angesehen.

Das Parlament fordert die Kommission auf,

"to ensure the applicability of international agreements, to bring an end to the unequal treatment of European investors in the US on account of existing agreements of Member States; to ensure that foreign investors are treated in a non-discriminatory fashion and have a fair opportunity to seek and achieve redress of grievances and to be benefiting from no greater rights than domestic investors:

- To build on the concept paper recently presented by Commissioner Malmström to INTA Committee on May 7 and the ongoing discussions in the Trade Monitoring Council and to use them as a basis for negotiations on a new and effective system of investment protection, as they provide very welcome proposals

courts of the EU and of the Member States and of the United States to provide effective legal protection based on the principle of democratic legitimacy, efficiently and in a cost-effective manner

- to propose a permanent solution for resolving disputes between investor: states which is subject to democratic principles and scrutiny , where potential cases are treated in a transparent manner by publicly appointed, independent professional judges in public hearings and which includes an appellate mechanism, where consistency of judicial decisions is ensured and the jurisdiction of courts of the EU and of the Member States is respected
- in the medium term, a public International Investment Court could be the appropriate means to address investment disputes"